

Autor: Stephan Ueberbach
Gesprächspartner: Jens Spahn, MdB, CDU,
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin
Sendung: Samstag, 27.06.2015, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

SWR Interview der Woche vom 27.06.2015

SWR: Herr Spahn, bevor wir uns mit dem 70. Geburtstag der CDU beschäftigen, der in diesen Tagen gefeiert wird, muss ich nach einem anderen, nach einem aktuellen Thema fragen, das gerade in Europa, in Brüssel und natürlich auch hier bei uns in Deutschland die Menschen besonders beschäftigt – und das ist die Flüchtlingspolitik. Die Europäische Union streitet über die Verteilung der Menschen, die sich übers Mittelmeer zu uns nach Deutschland retten. Und hier in Deutschland häufen sich Proteste gegen Flüchtlingsheime. Aktueller Brennpunkt ist Freital in Sachsen. Kein Ruhmesblatt für die deutsche Politik, oder? Was denken Sie?

JS: Das, was da in Freital passiert, ist sicherlich kein Ruhmesblatt, obgleich ich finde, wir müssen jetzt auch aufpassen, dass wir insgesamt nicht ein Bild zeichnen von einem Deutschland, das nicht bereit ist, insbesondere Flüchtlinge aus Syrien, aus dem Nordirak, aus Nordafrika aufzunehmen. Im Vergleich zu Anfang des Jahrtausends, auch zu den Debatten in den 90er Jahren stelle ich eine wahnsinnig große Offenheit und Bereitschaft in der Bevölkerung fest. Die wissen, da sind Menschen, die fliehen vor Krieg, vor Vertreibung, vor Mord und da ist viel Bereitschaft zu helfen da und auch viel Willkommen. Wir müssen gleichzeitig sehen, wie jetzt da in Freital, dass es eben auch Gruppen gibt, die versuchen, dann Unsicherheiten, die da sind – viele wissen ja auch nicht, was bedeutet das für unser Dorf, für unsere Stadt, wenn auf einmal möglicherweise einige Hundert Flüchtlinge da sind –, solche Unsicherheiten und Ängste für sich auszuschlachten. Da müssen wir entschieden entgegentreten und auch klar sagen, dass diese Flüchtlinge hier herzlich willkommen sind.

SWR: Wie ist es einzuordnen, dass der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus Kriegsgebieten von massenhaftem Asyl-Missbrauch in Deutschland spricht?

JS: Ich habe ja Horst Seehofer da anders verstanden, er hatte eine Unterscheidung gemacht, die wir in der öffentlichen Debatte auch einfach schaffen müssen angesichts der Asylbewerber-Zahlen, die wir haben. Es gibt im Grunde zwei Gruppen: nämlich diejenigen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, insbesondere aus dem Nordirak, aus Syrien oder aus Nordafrika, die ja auch einen Asylgrund oftmals haben, weil sie eben fliehen. Und die zweite Gruppe, die ist fast genau so groß, das sind diejenigen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus dem Kosovo, aus Mazedonien, Albanien, zu uns kommen. Da werden die Asylanträge zu über 99% abgelehnt, das heißt also, es gibt keinen Asylgrund und da muss es am Ende, und da hat Horst Seehofer recht, schon einen Unterschied machen, ob ich mit Asylgrund hier bin, weil ich vor Vertreibung fliehe oder ob es eine Ausreisepflicht gibt und dann müssen diese Menschen das Land auch wieder verlassen und ich glaube, wenn wir diese Unterscheidung nicht machen, dann geht auf Dauer auch Akzeptanz in der Bevölkerung verloren und dann wird's gefährlich.

SWR: Aber zeigen diese Ereignisse in Freital und anderswo nicht, dass genau diese Unterscheidung von den Menschen dort nicht gemacht wird, dass das nicht nachvollzogen wird und dass es insofern doch ein Spiel mit dem Feuer ist, wenn Politiker gleichsetzen, was nicht gleichzusetzen ist?

JS: Naja, ich habe eher den Eindruck, dass viele ein Gefühl dafür haben, dass wir da manchmal – insbesondere bei der Frage, wer ausreisepflichtig ist, muss auch das Land verlassen – auch nicht ganz ehrlich sind. Also eine Ausreisepflicht muss dann ja auch wirklich mal bedeuten, dass es zurückgeht in den Kosovo, nach Albanien. Ich verstehe jeden, der von dort vor Armut flieht, aber das ist eben kein Asylgrund. Wir werden diese Probleme nicht in Deutschland lösen können. Sondern, wenn wir das nicht klar benennen, wer vor Vertreibung, vor Krieg flieht, der ist herzlich willkommen, der hat unsere Solidarität, unsere Unterstützung verdient, der braucht auch eine Perspektive im Land – etwa auch, was Integration, was Sprachkurs, was Arbeiten angeht –, aber derjenige, der eben tatsächlich das Asylrecht missbraucht und auf welchen Wegen auch immer hier nach Deutschland gekommen ist, der muss das Land auch wieder verlassen. Diese Unterscheidung muss die deutsche Gesellschaft auch aushalten in der Debatte. Wichtig ist dabei die Wortwahl und da habe ich den Eindruck, geht bei dem einen oder anderen manchmal was schief und dann macht man das Geschäft von Leuten, deren Geschäft wir besser nicht machen sollten.

SWR: Es sind ja überall in Europa die rechten Populisten im Moment auf dem Vormarsch, in Österreich, in Frankreich, zuletzt auch in Dänemark, in Deutschland gibt es die PEGIDA-Bewegung und auch die AfD, die mit entsprechenden Parolen auf Stimmenfang geht. Was sagt uns das über den Zustand Europas?

JS: Das muss uns sehr umtreiben, mich treibt es jedenfalls um. Mein Eindruck ist aber, diese Zustimmung entsteht für diese rechtspopulistischen Parteien eben weil Dinge nicht ehrlich ausgesprochen worden sind, auch Probleme, die es gibt, nicht ehrlich ausgesprochen worden sind. Wenn jeder, der sagt, Moment mal, es gibt aber auch ein paar Probleme mit der Integration in Deutschland, es gibt in Neukölln Parallelgesellschaften, in bestimmten Bereichen, wo die Polizei sich nicht mehr hintraut, der ist ja nicht gleich ausländerfeindlich! Wenn jemand sagt, es macht einen Unterschied, ob sie 20 nordafrikanische junge Männer in einem kleinen Dorf als Asylbewerber unterbringen oder 15 syrische Familien, das sind verschiedene Situationen für die Dörfer und über diese Situationen muss man doch differenziert reden. Wenn das immer gleich mit dem Hammer totgeschlagen wird, nach dem Motto: da reden wir aber nicht drüber, weil da darf man nicht drüber reden, dann suchen sich die Leute irgendwann die einfachen Antworten. Deswegen ist es so wichtig dass wir in Deutschland diese Diskussion auch wirklich differenziert führen und über die Probleme auch reden, ohne zu hetzen und ohne vor allem einfach nur immer Ja und Amen zu sagen. Man muss eben auch mal dagegen argumentieren – aber man muss argumentieren und nicht mit dem Hammer immer sagen, Du bist rechtsaußen, dann sind die irgendwann rechtsaußen.

SWR: Jens Spahn, CDU-Präsidiumsmitglied im SWR-Interview der Woche. – Herr Spahn, die CDU feiert gerade den 70. Jahrestag ihrer Gründung – ist also ungefähr doppelt so alt wie Sie ...

JS: ... ziemlich exakt sogar ...

SWR: ... muss man sich als junger Mensch in einer solchen Partei, die im besten Rentenalter ist, nicht irgendwie, zwangsläufig, fremd fühlen?

JS: Nein, die CDU ist ja jung geblieben in diesen 70 Jahren, hat ja auch immer wieder sich gesellschaftlichen Veränderungen, neuen Situationen, Herausforderungen stellen müssen, zum Teil ja in schwierigen Prozessen. Das sind ja auch aktuelle Diskussionen, die wir immer wieder haben – wo muss man sich auch Veränderungen anpassen. Wir haben als CDU dieses Land ja über viele Jahrzehnte, auch mit

Bundeskanzlern, auch deswegen erfolgreich gestalten dürfen, mit prägen dürfen, weil uns das immer wieder ganz gut gelungen ist. Also ich jedenfalls fühle mich in der CDU seit bald auch 17 Jahren, der Hälfte meines Lebens, sehr gut aufgehoben.

SWR: Die CDU braucht die jungen Leute offensichtlich ganz besonders, denn die Partei überaltert. Der Generalsekretär will dagegenhalten, Peter Tauber, er möchte die CDU jünger, weiblicher und bunter machen. Sie kommen aus einem eher ländlich geprägten Milieu. Ist denn die CDU schon bereit für eine solche Neuaufstellung?

JS: Also mein Eindruck ist, wenn jemand jünger kommt, wenn jemand kommt, dessen Eltern nicht in Deutschland geboren wurden, der hier aber seinen Weg gehen will, dass in den allermeisten Verbänden vor Ort die auch herzlich willkommen sind. Also die freuen sich über Jüngere wie Ältere, die sagen, ich will mitmachen, ich will mich einbringen. Aber eine Volkspartei, die auch das „U“, CDU, Union, das war ja der Gedanke damals, Katholiken und Protestanten zum ersten Mal in einer Partei, aber der Gedanke weitergefasst heißt ja wirklich: innerhalb einer Partei die ganze Bevölkerung abzubilden und Gegensätze zu integrieren und zu Kompromissen zu bringen. Das ist manchmal mühsamer, als wenn Sie eine kleine Partei sind für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Diese Idee lebt davon, dass wir wirklich breit verankert sind und das gelingt uns im Moment nicht gut genug und deswegen brauchen wir mehr neue Mitglieder. Es treten jeden Monat 1.000 ein, darüber freuen wir uns, die sind auch herzlich willkommen. Aber die Frage zu stellen, wie können wir attraktiver werden, dass noch mehr sagen, da will ich mitmachen, die Frage ist die richtige.

SWR: Die Meinungsforschung erklärt die aktuell guten Umfragewerte der Union vor allem mit zwei Gründen. Einmal die gute Wirtschaftslage in Deutschland und als zweites das hohe Ansehen der Kanzlerin. Was bleibt von der CDU, wenn sich Angela Merkel verabschiedet?

JS: Erst mal bleibt die Bundeskanzlerin und die Bundesvorsitzende uns ja – ich wünsche es mir jedenfalls sehr – noch eine ganze Zeit erhalten. Aber natürlich führen wir parallel auch Debatten darüber ja auch in den Kommissionen, die wir jetzt zum Jubiläum haben, was sind eigentlich auch die inhaltlichen Punkte, wo wir uns weiterentwickeln müssen, um fürs dritte Jahrzehnt ja bald des 21. Jahrhunderts – 2020 ist nicht mehr so weit weg – die richtigen Fragen zu stellen und die richtigen Antworten zu haben. Digitalisierung, unser aller Leben hat sich so in den letzten zehn Jahren verändert, wir merken es manchmal gar nicht mit dem Smartphone, mit dem Handy, wie sehr das mittlerweile Kommunikation und Mobilität verändert hat. Was bedeutet das für die Arbeitswelt, für die Industrie, was bedeutet es, dass wir tatsächlich das älteste Land der Welt sind. Ich habe schon gesagt, wie finden wir darauf die richtigen Antworten. Und ich finde, wir müssen als Partei zeigen, ja, wir haben die Bundeskanzlerin mit hoher Zustimmung an der Spitze, aber wir haben auch die richtigen Fragen und diskutieren auch über die richtigen Antworten für die Zukunft. Und genau das machen wir ja parallel auch, also die CDU muss natürlich auch inhaltliche Antworten liefern und darüber reden wir.

SWR: In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wird im Frühjahr gewählt. Wäre es aus Ihrer Sicht mit Blick auf die Bundestagswahl im Jahr danach strategisch wichtig, dass mindestens eins der beiden Länder eine schwarz-grüne Regierung kriegt?

JS: Es wäre auf jeden Fall deswegen schon wichtig, weil wir mittlerweile nur noch in acht Bundesländern mitregieren, die Grünen in neun, die SPD in fünfzehn. Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass sozusagen der Unterbau der Partei nicht wegbricht, deswegen ist es gut, für die CDU insgesamt im Selbstverständnis da wieder zu gewinnen und wenn es gelingen könnte, da schwarz-grüne Bündnisse zu machen und zu zeigen, dass die funktionieren, so wie wir es in Hessen jetzt auch sehen, dann ist das eine schöne Chance. Aber ich habe auch nichts dagegen, wenn es Schwarz-Gelb wird, es müssen am Ende die Inhalte passen, es muss eine Mehrheit erstmal da sein, im Landtag und beides wäre ein

tolles Signal. Am besten in einem Land Schwarz-Gelb und einem Schwarz-Grün, das wäre ein schönes Signal für die Bundestagswahl in 2017.

SWR: Eine große Koalition im Bund ist auf Dauer für's politische Klima in Deutschland eine Katastrophe, haben Sie vor kurzem gesagt – warum?

JS: Das sieht man, finde ich, exemplarisch und erschreckend in Österreich. Zu lange Große Koalition – das wird so langweilig, so öde, frisst sich auch so fest in die Gesellschaft, und die extremen Ränder, links wie rechts, werden gestärkt, auch das haben wir ja gerade in Österreich gesehen. Diese Große Koalition muss gerade in schwierigen Zeiten – Ukraine, Euro – Großes leisten, deswegen ist es vielleicht ganz gut, dass wir sie gerade haben. Aber sie muss auch nach vier Jahren – nach meinem Verständnis – vorbei sein, denn alles andere wäre eine Lähmung der Politik in Deutschland, die wir heute schon ein bisschen erleben, und eine Stärkung der extremen Ränder – und das wäre echt nicht gut.